



Anfrage

Vorlage: AF/0007/2025		Datum: 16.01.2025	
Verfasser:	04-Ratsfraktion AfD	Az.:	
Betreff:			
Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Ausreisepflichtige Ausländer in Koblenz - Sachstandsbericht für das Jahr 2024			
Gremienweg:			
06.02.2025	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		ohne BE abgesetzt geändert
	öffentlich		

Anfrage:

Kommen ausreisepflichtige Ausländer Ihrer Verpflichtung zur Ausreise nicht nach und verlassen die Bundesrepublik Deutschland nicht in der ihnen gesetzten Frist, sind die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte gehalten, die nötigen Maßnahmen zur Sicherung der Ausreise zu treffen. In Rheinland-Pfalz sind nach SWR-Recherchen im vergangenen Jahr jedoch rund 40 Prozent der Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern gescheitert. Laut Integrationsministerium mussten bis Juli 2024 mehr als 1.000 Asyl-Migranten Rheinland-Pfalz wieder verlassen. In 381 Fällen sei die Ausreise gescheitert, 290 Mal seien die Menschen nicht angetroffen worden, bei 17 Personen habe Widerstand zum Scheitern der Überstellung geführt, 74 Menschen konnten aus anderen Gründen nicht abgeschoben werden. Darüber hinaus steige die Zahl ausländischer Personen, die trotz Wiedereinreisesperre erneut nach Rheinland-Pfalz eingereist sind.

Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Katharina Binz (Grüne) kündigte vor diesem Hintergrund an, das Land wolle den Kommunen nun bei Abschiebungen stärker helfen. Gegenüber dem SWR verwies Binz dabei vor allem auf die „Zentralstelle für Rückführungsfragen“ in der Stadt Trier. Diese werde vom Land aus vollumfänglich finanziert und sei jüngst durch eine neue Landesverordnung in ihren Kompetenzen weiter gestärkt worden. Die Zentralstelle könne im Auftrag der Kommunen Flüge buchen - über ein zentrales europäisches Portal. Das erspare den Kommunen organisatorischen Aufwand und die EU übernehme schließlich die Finanzierung der Flugbuchungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadt:

1. Wie viele ausreisepflichtige Ausländer waren im Jahr 2024 in Koblenz gemeldet? Bitte nach Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.
2. Wie viele der o.g. Personen sind innerhalb der gesetzten Frist freiwillig ausgeweist?
3. Bei wie vielen der o.g. Personen wurde die vollziehbare Abschiebung vorübergehend ausgesetzt (Duldung)? Bitte die jeweiligen Duldungsgründe nennen.
4. Bei wie vielen o.g. Personen ist der Vollzug der Abschiebung gescheitert? Bitte die jeweiligen Hinderungsgründe angeben (e.g. Untertauchen, Widerstand, gesundheitliche Gefährdung).
5. Wie hoch war im Jahr 2024 die Zahl ausländischer Personen, die sich trotz Wiedereinreisesperre erneut in Koblenz aufgehalten haben?
6. Welche Maßnahmen werden seitens der Stadt grundsätzlich gegenüber Personen eingeleitet, die sich trotz bestehender Einreisesperre in Koblenz aufhalten?
7. Erwägt die Stadt vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines „Sachgebiets Remigration“ innerhalb der Ausländerbehörde, wie dies in anderen kreisfreien Kommunen praktiziert wird? Bitte begründen.
8. Erwägt die Stadt vor diesem Hintergrund die Einrichtung einer Arbeitsgruppe (AG), die sich mit

ausländerrechtlichen Themen im Allgemeinen und Rückführungsfragen im Speziellen befasst? Bitte begründen.

9. Würde die Stadt vor diesem Hintergrund die Einrichtung eines zentralen Ausreisezentrums im nördlichen Rheinland-Pfalz begrüßen?

10. Wenn ja, hat es diesbezüglich schon Gespräche mit den umliegenden Kreisen und Kommunen bzw. der Landesregierung gegeben?

11. Wenn nein, warum nicht?

12. Greift die Stadt auf die Ressourcen der von der Landesregierung finanzierten „Zentralstelle für Rückführungsfragen“ zu?

13. Wenn ja, wie gestaltet sich dies konkret?

14. Wenn nein, warum nicht?

15. Wie bewertet die Stadt grundsätzlich die Zusammenarbeit mit den zuständigen Landesbehörden bei Ausweisungen von ausreisepflichtigen Ausländern?

16. Welche Maßnahmen gedenkt die Stadt einzuleiten, um den Vollzug von Abschiebungen effizienter und sicherer zu gestalten?

17. Wie ordnet die Stadt in der Gesamtschau die sich durch die Asyl-Migration ergebenden Zusatzbelastungen für den kommunalen Haushalt und die Verwaltungsressourcen ein?

18. Inwieweit nutzt die Stadt bestehende Gesprächskanäle mit der Landesregierung und den zuständigen Ministerien, um darauf hinzuwirken, dass die Zahl der Zuweisungen von Asylbewerbern nach Koblenz grundsätzlich reduziert werden möge?

Auswirkungen auf den Klimaschutz: -

Finanzielle Auswirkungen: -